

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Bei der Post u. den Agenten bezogen vierteljährlich 12 Mk., 90 Pf., in Altensteig 12 Mk., 65 Pf. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile über deren Raum 60 Pf., die 12spaltige 1 Mk., 80 Pf. Mindestbetrag eines Auftrags 2 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Platzmangel Vorzug 10 der Rabatt. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile über deren Raum 60 Pf., die 12spaltige 1 Mk., 80 Pf. Mindestbetrag eines Auftrags 2 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Platzmangel Vorzug 10 der Rabatt.

Nr. 172.

Altensteig, Mittwoch den 27. Juli.

Jahrgang 1921.

Minister Dr. Schall über Ernährungsfragen.

Der württ. Arbeitsminister Dr. Schall gab den Beratern der Stuttgarter Presse, zugleich als vorläufige Antwort auf eine Anfrage des Abg. Groß (Ztr.) im Landtag, nähere Auskunft über den Stand der Ernährung und die Preisbewegung. Der Minister betont einleitend, daß wir es noch gewöhnt sind aus den Zeiten der Zwangswirtschaft, sofort nach der Regierung zu rufen, wenn die Preisbildung andere Wege einschlägt, als es uns angenehm ist. Die Zwangswirtschaft ist fast vollkommen abgebaut, die Einwirkungsmöglichkeit der Regierung viel beschränkter.

Beim Fleisch ist ein gewisser Preisabbau zu verzeichnen, der dem gesunkenen Viehpreis entspricht. Diese Tendenz wird verstärkt durch den Futtermangel infolge der Trockenheit.

In allen übrigen Dingen stehen wir vor einer neuen Forderung. Das gilt auch vom Brot und Mehl, bei dem ab 16. August eine neue Form der Bewirtschaftung durchgeführt wird. Die Verbraucher werden jedoch dieselbe Ration auf Karten erhalten, ferner besteht die Möglichkeit, aus dem nichterfassten Getreide sich Zuschüsse zu erwerben. Der neue Brotpreis werde etwa 48 Prozent höher sein als der bisherige auf Grund eines Beschlusses des Reichstags und zwar deshalb, weil der Preis für das Umlagegetreide höher ist als im Vorjahr und weil die Zuschußwirtschaft für Auslandsgetreide seitens des Reichs eingeschränkt wird. Wie sich der Preis für das freie Getreide, Mehl und Brot entwickeln wird, weiß man noch nicht genau. Man macht heute bereits die Beobachtung, daß sich Händler und Private darauf fügen und Preise vereinbaren, die nicht gerechtfertigt sind. Der Preis für das Umlagegetreide deckt die Erzeugungskosten der Landwirtschaft und deckt zugleich einen angemessenen Gewinn. Die Gefahr, daß das rationierte Mehl und Brot (85 Prozent Ausmahlung, Weisse 75 Prozent) schlechter sei als das freie, läßt sich auf ein Mindestmaß beschränken, zumal Streckungsmittel nicht mehr zur Verwendung kommen sollen.

Für Butter, Eier, Obst, Gemüse, Beeren und Kartoffeln, die nicht mehr öffentlich bewirtschaftet werden, ist es nicht möglich, Höchstpreise durchzusetzen. Freie Wirtschaft hat notwendig freie Preisbildung zur Folge. Bei der Ubergangswirtschaft in Milch und Milchprodukten versuchte man, Höchstpreise festzuhalten. Die Entwicklung der letzten Wochen ist darüber hinweggeschritten. Das ist nicht zu verwundern, denn nur Bayern und Württemberg als die einzelnen Länder in Deutschland haben den Versuch gemacht, die Preisbildung zu beeinflussen. Bayern hat seit 1. Juli jedoch auch für Milch und Milchprodukte freie Wirtschaft. Die Einfuhr von holländischer Butter nach Stuttgart war rechtlich nicht zu beanstanden, ebenso war eine rechtliche Grundlage zu einem Verbot für Butterverhand in Paketen nicht gegeben. In Bayern hat man ein solches Verbot erlassen, mußte es aber am 1. Juli wieder aufheben. Die bayerische Preisnotierungsstelle für Milchprodukte in Kempten ist nach einem Beschluß der beteiligten Organisationen in Kulendorf nun auch für die Erzeugung des wichtigsten württ. Erzeugungsbereichs maßgebend. Das Ausuhrverbot von Butter und Käse aus Württemberg ist mit Zustimmung des Reichsernährungsministeriums verlängert worden. Die Ausuhr ganz zu verhindern, auch beim Postpaketverkehr, ist nicht möglich. Der Milchpreis ist in Württemberg auf den Abmachungen von Anfang Juni stehen geblieben und die Milchproduzenten und Bearbeiter im württ. Allgäu haben beschlossen, daß dieser Preis gehalten werden soll unter der Voraussetzung, daß auch die Händler ihre Preisbildung diesem anpassen.

Die Preisentwicklung bei Obst, Gemüse und Beeren ist unerfreulich, überall ist eine starke Erhöhung der Preise zu bemerken, so daß dies jetzt das 10-15fache des Friedenspreises betragen. Dies hängt mit der Preisbildung im übrigen deutschen Wirtschaftsgebiet zusammen, mit dem starken Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, mit der Trockenheit und mit der Unmöglichkeit, etwa bei Beeren oder Obst eine Ausfuhrbeschränkung zu schaffen. In Württemberg besteht ein Brennverbot, das übrige Reich hat keines. Es ist also die Notwendigkeit gegeben, daß Beeren und Obst aus

Württemberg zu Brennstoffen ausgeführt werden, ohne daß man es verhindern kann.

Die Frühkartoffelernte war gering. Die Preise für die Herbstkartoffeln werden sich in Württemberg nach den großen Kartoffelgebieten des Nordens richten. Den Preis kennt heute noch niemand, da er mit den Witterungsverhältnissen der nächsten Wochen zusammenhängt. Bei Fortdauer der Trockenheit wird der Preis steigen. Im Zusammenwirken von Erzeugerorganisationen und großen Verbrauchergemeinden (Städtetag) soll neuer wieder die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln sichergestellt werden. Bisheriger Preisbildung wird auf allen Gebieten entgegengetreten werden. Immerhin aber sind die Einwirkungsmöglichkeiten der Regierung bei der freien Wirtschaft gering.

Die neue Preiswelle, die bei den meisten Lebensmitteln zu erwarten ist, führt zu einer Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß diese Verteuerung eine entsprechende Auswirkung auf die Lohngestaltung haben muß. Diese Erkenntnis muß sich bei den in Frage kommenden Kreisen so rechtzeitig einstellen, daß Gefahren, die in dieser Entwicklung liegen, vermieden werden. Dies bedeutet allerdings eine Verteuerung der Produktionskosten für die gesamte Industrie, eine Entwicklung, die immer mehr die Preise in Deutschland an den Weltmarktpreis angleicht. Ob dabei unsere Industrie konkurrenzfähig bleibt, wird sich zeigen müssen.

Zusammentritt des Obersten Rats am 4. August.

Paris, 26. Juli. Der französische Gesandte in London hatte gestern Abend mit Lord Curzon neue Besprechungen. England und Frankreich sind sich nunmehr über eine Abhaltung des Obersten Rates am 4. August einig. Auch hinsichtlich der Sachverständigenkommission ist man zu einer Verständigung gelangt. Italien wird ebenfalls hierzu seine Einwilligung erteilen. England wird heute seine drei Abgeordneten für die Kommission ernennen, die sich sofort nach Paris begeben: Sir Charles Hurst, juristischer Berater des auswärtigen Amtes, Charles Tuston, Leiter des polnischen Bureaus im auswärtigen Amt und Major Clark, englischer Offizier, der sich noch vor wenigen Tagen in Oberschlesien aufhielt und am letzten Freitag die Weisung erhielt, sich nach Paris zu begeben. Die Sachverständigen-Kommission wird nicht, wie bisher geplant, ihre Arbeiten in aller Ruhe vollziehen, sondern es wird sich um eine einfache Vorbereitung bis zum 4. August handeln. Die Schwierigkeiten hingegen sind immer noch nicht beseitigt, was die Entsendung der neuen Division nach Oberschlesien anbetrifft. Die englische Regierung erachtet es als unmöglich, der deutschen Regierung anzuraten, die notwendigen Maßnahmen für den Durchgang dieser französischen Division zuzustimmen. Die englische Regierung widersetzt sich der Entsendung neuer Truppen nicht. Sie verlangt aber, daß man diese Expedition aufschlebe, bis der Oberste Rat über ihre Notwendigkeit entschieden hat.

Wie der „Intransigent“ meldet, wird die Tagesordnung des Obersten Rates außer der oberschlesischen Frage noch folgende Punkte umfassen: Die Regelung der türkischen Meerengen, die „Sanktionen“, die Bestrafung der Kriegsschuldigen, die Frage der belgischen Priorität, sowie damit im Zusammenhang stehende Fragen, insbesondere ein Finanzausgleich zugunsten Italiens, das durch die Zahlungsunfähigkeit Oesterreich-Ungarns und Bulgariens benachteiligt werde, ferner die Frage der Finanzhilfe für Oesterreich und einer Hilfsaktion gegen die russische Hungerkatastrophe, endlich die Frage des nahen Ostens.

WZS. London, 26. Juli. Die Neuter erfährt haben die britische und die französische Regierung nunmehr ein Einverständnis über die Fragen von prinzipieller Bedeutung erreicht, die mit Oberschlesien in Zusammenhang stehen. Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die französische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt. Die britische Regierung hat den Vorschlag angenommen, vor dem genannten Zeitpunkt eine Sachverständigenkonferenz stattfinden zu lassen. Um den Wünschen Polens entgegenzukommen, hat sie dem zugestimmt, daß die Konferenz des Obersten Rates in Paris stattfindet. Die britischen Sachverständigen Sir Cecil Hurst, Reichsbeirat

des auswärtigen Amtes, Tuston, Vorsitzender des Mittel-europäischen Departements und Waterloo, Mitglied dieses Departements, sind heute Abend nach Paris abgereist. Als Ergebnis der Ausinandersetzungen zwischen den Regierungen ist eine viel bessere Atmosphäre entstanden. In der Tat besteht jeder Grund zu der Annahme, daß die oberschlesische Frage sich auf dem besten Weg zur Lösung befindet.

Neues vom Tage.

Das Reichsratsgesetz.

Berlin, 26. Juli. Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes über die Vertretung der Länder im Reichsrat bestimmt, daß in größeren Ländern auf je 700 000 Stimmen je eine Stimme kommen solle, doch darf kein Land mehr als zwei Fünftel aller Reichsratsstimmen haben. Die Ueberschüsse an Einwohnerzahl werden erst dann berücksichtigt, wenn diese 350 000 übersteigen. Diese Aenderung würde folgende Stimmverteilung im Reichsrat ergeben: Preußen 26, Bayern 10, Sachsen 7, Württemberg 4, Baden 3, Hessen, Thüringen, Hamburg je zwei Stimmen, ferner zehn Kleinstaaten mit je einer Stimme, insgesamt 66 Stimmen. Der Gesetzentwurf verlangte eine Aenderung der Reichsverfassung, in deren Artikel 61 bestimmt ist, daß auf je eine Million Einwohner eine Reichsratsstimme kommt.

Gewerkschaftliche Vertreterwahlen.

Berlin, 26. Juli. Bei der Urabstimmung zu den gewerkschaftlichen Vertreterwahlen für den im September in Jena stattfindenden Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbands wurden in Berlin insgesamt 53 517 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Liste A (Amsterdam) 30 523, Liste B (Moskau) 22 994 Stimmen. Liste A ist somit mit einem Vorsprung von etwa 7500 Stimmen gewählt.

Unwirksame Entlassung aus dem Staatsdienst.

Karlsruhe, 26. Juli. Der Amtmann Baumann in Lörrach war vor einiger Zeit wegen Verweigerung des Eides auf die republikanische Verfassung auf Veranlassung des sozialistischen Ministers des Innern Kommele aus dem Staatsdienst entlassen worden. Der Amtmann hat darauf eine Klage gegen den badischen Staat angehängt. Das Landgericht hat nun das Urteil dahin entschieden, daß die Entlassung ohne jede gesetzliche Grundlage erfolgte und deshalb unwirksam sei und daß Baumann heute noch badischer Staatsbeamter sei und als solcher Anspruch auf volles Gehalt habe.

Die deutsche Gegenliste.

München, 26. Juli. In einer von mehreren tausend Personen besuchten Versammlung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Ehre und Recht und der Reichsvereinigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener wurde einstimmig die sofortige Herausgabe der Gegenliste feindlicher Kriegsverbrecher durch die Reichsregierung gefordert. Verschiedene ehemalige Kriegsgefangene trugen Schilderungen der empörenden Qualereien vor, denen die deutschen Kriegsgefangenen jahrelang ausgesetzt waren.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 26. Juli. Infolge eines Zusammenstoßes zwischen deutschen Eisenbahnern und polnischen Aufständischen, die bei Dzierkowitz den D-Zug Breslau-Katibor beschossen hatten, ist in den Rybniker Gruben der Generalstreik ausgerufen worden. Im Kreise Rybnik sammeln sich starke polnische Banden. Große Waffentransporte aus dem Kreise Rybnik in die Grenzdistrikte des Kreises Katibor werden beschlagnahmt. In Krubercum werden drei Panzerzüge mit sechs 10,5 Zentimeter-Geschützen von den Franzosen für die Polen ausgerüstet. Die Blätter erblicken in diesen Vorkommnissen Anzeichen für das unmittelbare bevorstehen eines 4. polnischen Aufstands.

Doppelst. 26. Juli. In Kostelitz fand gestern Abend in bis 60 Mann griffen das Kommando der Apo an 2 Stunden 11. Stunde ein neuer Aufständischerangriff statt. 60 den später fielen die Aufständischen die Paprotin-Wälder in Brand. Aus der Richtung Wilhelmsmühle wurde sehr stark geschossen. Es wurde festgestellt, daß dort eine starke Schützenlinie von polnischen Aufständischen von regulären Truppen unterstügt, vor der Wälder lag. Die Paprotin-Wälder ist vollständig abgebrannt.

